

A4 Weil es uns alle betrifft: Keine Gasförderungen vor Borkum!

Antragsteller*in: Wendelin Cohnen
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge

Antragstext

Die Rufe nach deutschen Erdgasförderungen werden immer lauter. In Bayern wird wieder angefangen, nach Gas zu bohren und vor Borkum gibt es bereits erste Probebohrungen durch den niederländischen Konzern ONE-Dyas. Dabei bleibt jedoch klar: Jede neu begonnene Förderung von Fossilen Energien ist ein Verrat an den Klimazielen, der Jugend und jungen Generationen und an allen Menschen, die schon jetzt unter der Klimakrise leiden.

Erdgas ist keine Brückentechnologie, sondern ein Brandbeschleuniger [1]. Neue Bohrungen erschaffen jahrzehntelange Abhängigkeiten, während wir längst alles dafür tun müssten, das fossile Zeitalter zu beenden. Wer neue Gasfelder erschließt, zementiert die Klimakrise und nimmt sehenden Auges in Kauf, dass Deutschland seine bereits jetzt unambitionierten Klimaziele nicht einhält.

Die allseits betonte angebliche Energieunabhängigkeit ist eine Erzählung der Gaslobby, hat aber nichts mit der Realität zu tun: Die Fördermengen aus Borkum könnten kaum den Energiebedarf decken und würden neben der Klimazerstörung massive Nachteile für die Menschen an der Nordsee und die Ökosysteme im Wattenmeer nach sich ziehen [2]. Angebliche Lösungen wie CCS können Gasförderprojekte zwar greenwashen, machen sie allerdings in keinsten Weise nachhaltiger. Dazu kommt, dass sie bis zum heutigen Tag noch nie im nötigen Maßstab umgesetzt und ihre Funktionsfähigkeit damit bewiesen wurden.

Die Gasbohrungen vor Borkum zerstören die Nordsee. Erdbeben, Beschädigungen des UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer, und die Zerstörung von Lebensräumen geschützter Arten sind ein ökologisches Desaster [2]. Doch auch für die Menschen wird es konkrete Nachteile geben: Wegfallender Tourismus, Unsicherheiten in der Süßwasserversorgung und die befürchtete Signalwirkung eines solchen Projekts, das entschieden gegen die Klimaziele wirkt.

Das Bundeswirtschaftsministerium erklärt, dass für die Förderungen ein Vertragsgesetz vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden muss [3]. Eine Nicht-Zustimmung des Bundesrates ist somit die beste Chance, die Gasförderungen im parlamentarischen Verfahren zu stoppen. Wer Klimaneutralität ernst meint,

muss hier Rückgrat zeigen.

Für uns ist klar: Wenn wir unsere Lebensgrundlage bewahren wollen, muss Baden-Württemberg im Bundesrat *Nein* zu neuen fossilen Projekten sagen. Unsere Solidarität gilt den Menschen auf Borkum, den Inseln und Küstenregionen, und den Opfern der Klimakrise, die ihre Heimat nicht aufgrund von Gier und den Profitinteressen fossiler Konzerne verlieren wollen.

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg auf:

1. im Bundesrat gegen ein mögliches Vertragsgesetz zur Erdgasförderung vor Borkum zu stimmen,
2. dass sich die Koalition nicht einigt, auf eine Enthaltung des Landes zu bestehen, wie es der Koalitionsvertrag 2020 vorsieht,
3. öffentlich und unmissverständlich gegen neue Gasbohrungen Stellung zu beziehen,
4. auf Bundesebene dafür einzutreten, dass keine neuen fossilen Projekte mehr genehmigt werden - weder Öl, noch Kohle, noch Gas,
5. stattdessen den massiven Ausbau von erneuerbaren Energien, Speichertechnologien und Energieeinsparungen zu fördern.

Desweiteren fordert die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg und die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg auf, sich für diese Ziele einzustehen und notfalls Druck auf die Landesregierung auszuüben, um die Umsetzung unserer Forderungen zu ermöglichen.

Quellen:

[1]<https://www.deutschlandfunk.de/forscher-warnen-erdgas-ist-ein-klimaschaedling-genau-wie-100.html>

[2]<https://www.duh.de/informieren/energiewende/gasausstieg/gasbohrungen-vor-borkum/>

57 **[3]** [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/bundeskab-](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/bundeskabinett-stimmt-zu-one-dias-soll-vor-borkum-gas-foerdern-duerfen,gasfoerderung-100.html)
58 [inett-stimmt-zu-one-dyas-soll-vor-borkum-gas-foerdern-duerfen,gasfoerderung-](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/bundeskabinett-stimmt-zu-one-dias-soll-vor-borkum-gas-foerdern-duerfen,gasfoerderung-100.html)
59 [100.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/bundeskabinett-stimmt-zu-one-dias-soll-vor-borkum-gas-foerdern-duerfen,gasfoerderung-100.html)

Unterstützer*innen

Theresa Fidušek, Richard Langer, Raphael Thang Uddin, Matilda Antonia Ahrendt